Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 99. Mittwoch, den 13. Dezember 1933. **82. Jahrgang.**

Direkte Aussprache.

Die Menschheit scheint in gewissen Perioden in Zustände hineinzugeraten, wo die hausbackensten Wahrheiten sich als eben entdeckte Weisheiten sensationell aufputzen dürfen. Die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist bekanntlich die gerade Linie. Das ist eine Realität. Wenn also in gewissen Zeiten des menschlichen Zustandes diese Realität nicht mehr klar erkannt wird, dann muß man logischerweise die Normalität des menschlichen Zustandes anzweifeln, keinesfalls aber das Faktum der Realität. Es ist z. B. kaum denkbar, daß ein schweizerischer Bürger aus Basel, der Recht sucht, nach Mailand fährt und dann erst nach dem Sitz der Bundesregierung in Bern. Auch ist es nicht denkbar, daß die Regierung der tschechoslowakischen Republik, in deren Lande der deutsche Sozialistenführer Wels Asylrecht erworben hat, sich mit der deutschen Reichsregierung in einen Konflikt einlassen würde, weil der frühere deutsche Staatsbürger Wels mit den Realitäten in Deutschland in Konflikt geraten ist. Politik — und bekanntlich gehört in den Geltungsbereich dieses Begriffes so ziemlich alles, was mit menschlicher Aktivität verknüpft ist — ist nach einem bekannten Ausspruch die Kunst des Möglichen, also in Parenthese gesprochen, die Kunst, den Standort der Realitäten soweit verändern zu können, daß ihr Vorhandensein nicht mehr als lästig empfunden wird. Der schweizerische Bürger in Mailand geht den Weg des geringsten Widerstandes und mit der unwahrscheinlichen Aussicht von dort aus eine Veränderung seines Zustandes, der in Bern bestimmt wird, zu erreichen. Und die Tschechoslowakei wird sich beim Abschluß eines Staatsvertrages mit dem Deutschen Reiche durch den Aufenthalt des Emigranten Wels nicht von Bedenken leiten lassen. Es ist möglich, daß ein Leser, der aus unseren Beispielen einen abgeleiteten Sinn herausfinden möchte, auf den Gedanken kommt, daß wir nicht ganz bei normalem Verstande sind. Nun ist der Verstand an sich eine Realität. Es fragt sich nur, ob man von ihm den Gebrauch machen kann, die Dinge zu sehen, wie sie sind, um dann zu den Dingen einen richtigen Standort einzunehmen. Wenn jetzt einer unserer Leser auf den Gedanken kommt, daß wir den Verstand verloren haben, so nehmen wir das nicht übel, denn wir befanden uns in der gleichen Lage, als wir vor einigen Tagen in der „führenden deutschen Tageszeitung" unseres Landes, in einem Bericht aus einer Parteiversammlung, den folgenden Ausspruch eines führenden Mitgliedes dieses Partei lasen:

„Wenn wir Differenzen mit unserer Regierung auszugleichen haben, so können (von uns gesperrt. D. Red.) **wir sie mit ihr selber austragen".**

Tableau! Hier ist das Ei des Kolumbus einmal richtig auf den Kopf gestellt worden. Ein anderer Redner in dieser Versammlung war dann noch berufen, die obige Weisheit näher zu erläutern, indem er ausführte:

„Nachdem sich die Utopie des Genfer Völkerbundes erwiesen habe, werde man auf diesen Schutz nicht mehr allzu großen Wert legen können. Es sei wünschenswert, daß die Differenzen in Minderheitsfragen auf anderem Wege, möglichst in direkter Aussprache mit unserer Regierung geordnet worden.

Die direkte Linie zwischen Kattowitz und Warschau ist der gerade Weg. Das haben viele schon sehr, sehr viel früher gewußt, als diejenigen, die sich jetzt in Parteiversammlungen mit dieser neuen Weisheit herausputzen möchten, aber noch vor einigen Monaten in der Zeitung und in Reden einen ganz anderen Standpunkt vertraten. Ja, es hat unter uns auch Männer gegeben, die aus unserem oberschlesischen Volke stammten und sich deshalb um das Schicksal dieses Volkes sehr ernste Gedanken machten, die die Auffassung vertraten, daß sich die Genfer Konvention für die deutsche Minderheit einmal unheilvoll auswirken wird. Es scheint, daß wir jetzt, wo wir neue Wege in unserer Politik suchen müssen, an den Sünden, die unter der Aera der Konvention begangen wurden, sehr schwer werden zu tragen haben. Es scheint auch, daß diejenigen, die sich jetzt zu Wortführern dieser neuen Politik aufschwingen, sich damit der Auffassung der polnischen Presse und hierzulande der „Polska Zachodnia" genähert haben, jetzt also „Arm in Arm" mit ihr marschieren, was noch vor kurzer Zeit einem anderen Blatte als schwerer Verstoß gegen die nationale Einheit angekreidet wurde.

Ja Bauer, das ist jetzt was anderes! Nun haben aber die Bauern sich noch die Fähigkeit erhalten, geraden Weges zu denken und man muß schon einmal über diese Aussichten der Politik der „Neuen Aera" nachdenken. Letztens haben wir hier einiges von den Spielregeln der englischen Politik berichtet. In England hat man, um einer neuen Politik die Wege zu bahnen, ein sehr wirkungsvolles Verfahren. Es werden Neuwahlen ausgeschrieben, als deren Ergebnis dann die Ver-

Politische Uebersicht.

Amerika von Polen gesehen.

Warschau. In der Revue „Kultura i Wychowanie" analysiert Roman Dyboski, ein Kenner der angelsächsischen Welt, die **geistige Situation in den Vereinigten Staaten.** „In unserer gärenden Zeit, die alle früheren Lebensgrundlagen in Frage stellt, nimmt der **Ruf nach einer moralischen Wandlung** im amerikanischen Leben unter dem Druck der Meinung des Gesindel einerseits und der **kapitalistischen Tyrannei** andererseits bei einigen begabten Individuen die Form bitterer und unfruchtbarer sozialer Satire (Lewis, Menken) oder wieder unüberlegter kommunistischer Enthusiasmen (Dreiser u. a.) an. Aber ungeachtet dieser individuellen Abweichungen geht heute durch die amerikanische Welt als Sache der jüngeren Generation eine mächtige Strömung, die die **Revision der ganzen Skala übernommener moralischer Werte sowie die Verbreiterung der geistigen Grundlagen der nationalen Kultur fordert.**

Der „Einheitsglaube."

Berlin. Das „Katholische Kirchenblatt für das Bistum Berlin" setzt seinen unerschrockenen Kampf gegen die aus dem Nationalsozialismus kommenden antikatholischen Tendenzen fort. In einem Artikel wendet es sich gegen den Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der auf der letzten Tagung der Hitlerjugend sagte: **„Wir Hitlerjungen verbinden Gott und Deutschland zum Begriff des Heiligsten. Wir Hitlerjungen kennen keine trennenden Konfessionen, wir sind uns auch einig im Glauben."** Mit diesen Worten erneuerte Baldur von Schirach das bereits in Frankfurt geprägte Einheitsbekenntnis der Hitlerjugend, das durch die Worte ausgesprochen wird: „Wir verbinden Gott und Deutschland zum Begriff des Heiligsten. **Die Schranken der Konfession werden mit uns fallen."** Die katholischen Eltern und Kinder sollen, so führt das Kirchenblatt aus, gestützt auf ihr Pflichtgefühl, einen deutschen „Einheitsglauben" mit aller Klarheit und Entschiedenheit ablehnen.

Ein Horoskop.

Preßburg. Außenminister Benesch hielt in Preßburg einen Vortrag über die „Idee der tschechoslowakischen Einheit" worin er u. a. ausführte: „Als Demokraten fühlen wir uns als Bestandteil der neuen Welt, als junger Staat, als lebenskräftige Nation ebenso wie Deutschland und Italien, wir werden dementsprechend handeln und unsere Politik dementsprechend, konsequent, fest, wie ein Staat, voll junger Energie mit einer großen Zukunft uns vor Augen führen. In 30, 40 Jahren wird Polen über 40 Millionen, die Tschechoslowakei 20 Millionen Einwohner, Rumänien 25 Millionen, Jugoslawien 20 Millionen haben. Das werden schon keine kleinen Staaten mehr sein. **Die Besorgnis vor den 60 bis 70 Millionen Deutschen schwindet.** Der Weltkrieg bedeutet auf der einen Seite den Höhepunkt der nationalen und gleichzeitig auch der territorialen Entfaltung Deutschlands und Italiens, er hat aber auch das Wachsen neuer, junger Nationen vorbereitet und wird mit der Zeit zur **Verschiebung der europäischen politischen Achse nach Mittel- und Osteuropa führen.**

Oesterreich wirbt um Freundschaft.

New York. Nach Blättermeldungen aus Chikago haben die **Wiener Sängerknaben,** die seit mehreren Wochen Amerika bereisen, in Milwaukee, Cincinntii und Dayton solche ungeheure Erfolge errungen, daß seit Tagen **die Zeitungen voll von Berichten über diese einzigartige Wiener Institution sind.** Fast sämtliche Konzerte mußten wiederholt werden, sodaß die Tournee vermutlich erst spät im Frühjahr beendet wird.

Wirtschaftsumbau in Italien.

Rom. Der Große Faschistenrat hat den Wortlaut des Gesetzes über die **Errichtung der Korporationen** angenommen. Die wichtigsten Bestimmungen lauten: Die nach Artikel 6 vorgesehenen Korporationen werden auf Vorschlag des **Ministers für Korporationen** nach erfolgter Begutachtung seitens des **Zentralvollzugsausschusses** durch den Regierungschef errichtet. Der Regierungschef kann zur Erledigung von Fragen, die verschiedene Wirtschaftsgebiete betreffen, zwei oder mehrere Korporationen berufen. Mit der Erledigung verschiedener Angelegenheiten kann der Regierungschef **Korporationausschüsse** betrauen, die aus Vertretern der zuständigen Wirtschaftsgruppen der interessierten staatlichen Verwaltung und der Partei bestellt werden. Die Korporationen bestimmen die Korporativreglements der **Wirtschafts** und **die einheitliche Regelung der Produktion.** Jede Korporation ist befugt, **Tarife für die Arbeit und für die wirtschaftlichen Dienstleistungen der Produzenten** ihres Bereiches festzusetzen. **Die**

fechter des neuen Kurses in die Regierung eintreten und unbelastet von den Sünden ihrer Vorgänger ihre neue Politik beginnen können. Wir sind nun leider nicht in der Lage über einen solchen Mechanismus zu verfügen, der es uns ermöglichte, unsere Politik der „direkten Aussprache“, die jetzt endlich als die richtige erkannt wird, mit neuen Männern an den führenden Stellen beginnen zu können. Man kann daraus also schon heute einige Schlüsse auf die Erfolgsaussichten dieser Politik ziehen. Denn die Realitäten sind die, daß die eine Seite schon immer die Meinung vertrat, die Bürger des polnischen Staates müßten in erster Linie alle Möglichkeiten der direkten Aussprache erschöpfen, die andere Seite hat den Weg über die internationalen Instanzen für den richtigen gehalten. Da die Verfolgung dieser Politik einer Instanz gegenüber, die die Innehaltung der anderen Politik für richtig hielt und außerdem die neue Politik noch von dem Entgegenkommen dieser Richtung abhängig ist, angebahnt werden muß, kann man es sich denken, daß man auf dieser Seite des Hebels sich für die Komplikationen, die man ge: habt hat, nicht etwa noch dankbar erweisen wird.

Seit 15 Jahren ist unser oberschlesisches Volk in die unglückliche Situation gekommen, der Spielball der großen Politik zu sein. Das hat uns eingetragen, daß wir unseren Rücken immer für irgendwelche Kompromisse, die nicht in der Linie unseres Vorteiles lagen, herhalten mußten. Da im Jahre 1922, als Ergebnis eines Kompromisses, uns vom Schicksal bestimmt wurde in die Grenzen des polnischen Staates aufgenommen zu werden, hätten unsere Führer aus dieser Tatsache nüchterne, klare Konsequenzen ziehen sollen. Da diese Konsequenzen nicht gezogen wurden und statt dessen, wie man jetzt sagt, „die Utopie des Genfer Völkerbundes“ als Realität angesehen wurde, haben wir, wie es alle Anzeichen erkennen lassen, wiederum das Vergnügen unseren Rücken für ein Kompromiß herzuhalten, bei dessen Zustandekommen die Linie unseres Vorteiles wahrscheinlich nicht den Ausschlag geben wird, und wir nur die Gewißheit behalten werden, daß wir wieder einmal ver-„führt“ wurden.

Korporationen begutachten auf Ansuchen der zuständigen öffentlichen Verwaltung alle Fragen ihres Wirtschaftsbereiches.

Die Ueberwindung des Liberalismus.

Prag. Bei den Budgetberatungen des Senats ergriff Ministerpräsident Malypetr das Wort, um die künftige Wirtschaftspolitik der Regierung vorzuzeichnen. Er sagte: Der Staat kann in Zukunft nicht bloßer Zuschauer bei der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse bleiben Er wird gewiß nicht jeden Unternehmer wie ein Kind an der Hand führen können, wird aber zusehen müssen, **daß der Privatunternehmer in seinem Streben nach Expansion nicht andere so zu Boden schmettert, daß sie nicht mehr aufstehen können. Der Staat wird das unterstützen müssen, was man Planwirtschaft nennt,** weil man aus der Anarchie nur im Wege der Regulierung herauskommen kann.

Die neue Wirtschaftsmacht konstituiert sich.

Prag. Der Vorsitzende des Ständigen Rates der Kleinen Entente, Minister Dr. Benesch, hat den Wirtschaftsrat der Kleinen Entente für den 8. Januar nach Prag einberufen. (Nach seinen Ankündigungen wird Dr. Benesch dem Wirtschaftsrat seine gesamtwirtschaftlichen Projekte vorlegen. D. Red.)

Glückliches England!

London. Nach halbamtlichen Meldungen wird das am 31. März endende Haushaltsjahr mit einem **Ueberschuß von 40 bis 50 Millionen Pfund** abschließen. Der Ueberschuß soll teilweise für **Rüstungsausgaben,** ferner zur **Senkung der Einkommensteuer** und zur **Zurücknahme der zehnprozentigen Gehaltskürzung** der Lehrer und Beamten verwendet werden. (Englands Industrie, die im Vergleich zu den anderen Industriestaaten vollkommen veraltet ist, befindet sich gegenwärtig im Stadium der Neuinvestitionen und Umstellung auf rationelle Arbeitsmethoden. Dadurch erklärt sich die gegenwärtige Konjunktur in England. Sobald die Bauperiode bendet sein wird, werden in England die gleichen Probleme akut werden, wie in den modernen Industriestaaten wie Amerika, Deutschland, Italien, Polen usw. D. Red.)

Die Wirtschaft bleibt unverändert.

Berlin. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt gewährte einem Vertreter des „Westdeutschen Beobachters“ eine Unterredung, in der er u. a. sagte: Durch die tatkräftigen Maßnahmen, vor allen Dingen großzügige Arbeitsbeschaffung, ist ein erster Angriff auf die Arbeitslosigkeit erfolgreich durchgeführt worden. Der Erfolg ist aber kein ausschlaggebender, sondern nur ein Anfang, und zwar deshalb, weil die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr groß ist und vor allen Dingen, **weil ihre Beschäftigung nicht aus der Wirtschaft selbst heraus** (womit die also in Amerika, Italien und der Tschechoslowakei zu den alten Akten gelegte „freie Unternehmerinitiative“ gemeint ist. D. Red.) sondern auf Grund öffentlicher Aufträge zustande gekommen ist. Es wäre nichts gefährlicher, als sich über das Ausmaß des erzielten Erfolges Illusionen hinzugeben. (Also keine öffentlichen Aufträge! D. Red.)

Die „liberalistische“ Vorstellung.

München. Gegen eine Schenkung in Gestalt eines Erbhofes an den Landesbauernführer Luber hat der bayrische Statthalter Ritter von Epp Einspruch erhoben. Nun nimmt der Reichsbauernführer Darré in einer Erklärung zu dieser Angelegenheit Stellung; worin es u. a. heißt: „Diese Schenkung ist dem Landesbauernführer Luber verübelt worden, da man in vollkommener Verkennung des Wesens eines Erbhofes in diesem eine Bereicherungsquelle erblickt, **wobei man offenbar die aus dem Liberalismus stammende Vorstellung hat,** daß der Bauernhof die Grundlage eines Wirtschaftsunternehmens darstelle und damit Bereicherungsmöglichkeiten biete.“ (Das gesunde Volksempfinden und offenbar auch dasjenige des Ritters von Epp mögen sich halt unter einer Schenkung eben nur eine Schenkuug vorzustellen. Ja Bauer, das ist jetzt was anderes! Herr Darré, der selbst auch eine solche Schenkung empfangen hat, denkt also daran, solche „aus dem Liberalismus stammende Vorstellung“ auszurotten. D. Red.)

Der deutsche außenpolitische Vorstoß stockt?

Paris. Das „Echo de Paris“ meldet, daß der Berliner Botschafter Francois Poncet beauftragt wurde, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die vom Reichskanzler Hitler am 23. November formulierten Forderungen nicht geeignet sind, zu einem deutsch-französischen Abkommen zu führen. (Nach neueren Meldungen sollen auch die deutsch-polnischen Verhandlungen stocken. Der französische Außenminister Paul Boncour hat seinen Besuch in Warschau angekündigt. D. Red.)

Die verhängnisvollen Folgen.

Reval. Die estländische Staatsregierung hat den deutschen Kulturrat, die kulturelle Selbstverwaltung der Deutschen in Estland, aufgelöst. Bei Mitgliedern der nationalsozialistischen Bewegung wurden Haussuchungen

Chadshi Murat

Roman aus den Kämpfen im Kaukasus
von Leo N. Tolstoi
(6. Fortsetzung)

„Was soll der wohl machen?“ meinte Bondarenko.

„Also vorwärts marsch!“

Als die Schritte der beiden Soldaten mit den Ueberläufern verhallt waren, kehrten Panow und Nikitin auf ihre Posten zurück.

„Die Bande; mitten in der Nacht! Der Teufel soll sie holen!“ sagte Nikitin.

„Soll wohl sein,“ gab Panow zurück. „Ist aber frisch geworden,“ dann rollte er seinen Mantel auseinander, zog ihn an und lehnte sich gegen den Baum. —

Zwei Stunden später kehrten Awdejew und Bondarenko zurück.

„Na, habt ihr sie abgeliefert?“ fragte Panow.

„Zu Befehl. Der Kommandant schlief noch nicht. Haben sie direkt zu ihm geführt. Sind das prächtige Kerls, diese Kahlköpfe!“ fuhr Awdejew fort. „Hab' mich nett mit ihnen unterhalten, wahrhaftig.“

„Altes Plappermaul,“ erwiderte Nikitin verdrießlich.

„Wirklich ganz wie Russen. Einer ist verheiratet. ‚Eine Frau,' frage ich, ‚bar?' — ‚Bar', erwidert er. — ‚Hammelt,' sage ich, ‚bar?' — ‚Bar, viele.' — ‚Pferde auch?' — ‚Pferde auch.' So unterhielten wir uns sehr nett. Sind nette Leute.“

„Jawohl nett!“ sagte Nikitin. „Trifft dich einer allein, reißt er dir die Kaldaunen aus dem Leibe.“

„Es muß bald Tag werden“, meinte Panow.

„Ja, die Sterne werden schon blaß,“ ließ Awdejew sich vernehmen.

Und wieder verstummten die Soldaten.

3.

Das Licht in der Kaserne und in den Soldatenhäuschen war längst erloschen; in einem der besseren Häuser der Festung dagegen waren noch alle Fenster erleuchtet. Dieses Haus bewohnte der Kommandant des Kurinschen Regiments, Sohn des Hauptkommandanten, Flügeladjutant Fürst Semjon Michailowitsch Woronzow. Woronzow hatte seine Frau, Maja Wassiljewna, eine gefeierte Petersburger Schönheit, bei sich, und lebte in der kleinen Festung im Kaukasus mit einem Aufwand, wie nie jemand vor ihm. Dabei kam es Woronzow, und besonders seiner Frau, vor, als wenn sie nicht nur eine bescheidene, sondern direkt eine entbehrungsvolle Existenz führten, während die Ortsbewohner über ihren Luxus erstaunten.

Jetzt, um zwölf Uhr nachts, saßen in dem großen Gastzimmer mit durchlaufendem Teppich und schweren Portieren und Gastgeber mit ihrem Besuch an dem von vier Lichtern erleuchteten Kartentisch und spielten. Einer der Spieler, Fürst Woronzow, mit länglichem Gesicht und blondem Haar, trug Flügeladjutantenuniform mit Schnüren und Achselklappen; sein Partner war ein kürzlich von der Fürstin für ihren kleinen Sohn aus erster Ehe engagierten Hauslehrer, Kandidat der Petersburger Universität, ein verdrießlich aussehender, struppiger junger Mann. Gegenüber saßen zwei Offiziere: der breitschulterige, rote Rottenkommandant Poltorazki, der von der Garde übergetreten war, und der steif dasitzende Regimentsadjutant mit kaltem Ausdruck in dem hübschen Gesicht. Die Fürstin, eine üppige Schönheit mit großen Augen und schwarzen Brauen, saß neben Poltorazki, guckte ihm in die Karten und berührte ihn dabei mit ihrer Krinoline. Ihre Worte, Blicke, ihr Lächeln, jede Körperbewegung und besonders ihr Parfüm ließen Poltorazki alles vergessen und nur noch ihre Nähe fühlen. Er machte Fehler über Fehler und ärgerte seinen Partner immer mehr.

„Nein, das ist unglaublich! Hat wieder ein Aß in der Hand behalten!“ rief der Adjutant, als Poltorazki ein Aß abwarf.

Wie aus dem Schlaf erwacht blickte Poltorazki den unzufriedenen Adjutanten mit seinen gutmütigen, breitstehenden schwarzen Augen erstaunt an.

„Nun verzeihen Sie ihm nur,“ meinte die Fürstin lächelnd. „Sehen Sie; habe ich es Ihnen nicht gesagt?“ wandte sie sich an Poltorazki.

„Kein Wort haben Sie mir davon gesagt,“ lächelte Poltorazki ebenfalls.

„Wirklich nicht?“ lächelte sie wieder. Und dieses „verstehende“ Lächeln erregte und erfreute Poltorazki derart, daß er purpurrot wurde, die Karten nahm und mischte.

„Sie haben nicht zu geben,“ sagte der Adjutant streng, nahm die Karten, mischte und gab sie mit seinen weißen, ringgeschmückten Fingern so verächtlich, als suche er sich möglichst schnell von ihnen zu befreien.

Der Kammerdiener des Fürsten betrat das Zimmer mit der Meldung, der diensthabende Offizier wünsche den Kommandanten zu sprechen.

„Entschuldigen Sie, meine Herren,“ sagte der Fürst mit englischem Akzent. „Nimm du meinen Platz ein, Marja.“

„Sind die Herren einverstanden?“ fragte die Fürstin, erhob sich schnell und leicht in ihrer ganzen Größe, wobei das seidene Kleid rauschte. Ihr Gesicht zeigte das strahlende Lächeln einer glücklichen Frau. Forts. folgt.

und Verhöre vorgenommen. Das Innenministerium hat im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen die nationalsozialistische Bewegung einer Reihe von Deutschbalten den Ausweisungsbefehl zugestellt.

Die deutschen Flüchtlinge.

Lausane. In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates des Oberkommissariates für die deutschen Flüchtlinge gab u. a. Senator Berenger bekannt, daß **Frankreich 30 000 Flüchtlinge aufgenommen habe.** Vierzig deutsche Gelehrte hätten an französischen Universitäten Aufnahme gefunden und 4000 kleine Geschäftsleute allein in Paris. Man müßte jedoch einen Teil der Flüchtlinge in Nord- und Südamerika unterbringen. Auch in **Holland seien zuviel Flüchtlinge,** für die schon über 3 Millionen Franken ausgegeben worden seien. **Der Vertreter Polens erklärte, das 10 Prozent der Bevölkerung Polens Juden seien. Eine weitere Einwanderung könnte in der Krisenzeit zu Komplikationen führen.** Lord Cecil gab bekannt, daß in **England** 142 Professoren Arbeit gefunden haben. Europa aber sei mit Flüchtlingen überfüllt. Man müsse sich an die Ueberseeländer wenden.

„Der Dollar ist das gesündeste Geld."

New York. General Johnson der Chef der Wiederaufbaubehörde verteidigte vor einer Versammlung amerikanischer Fabrikanten die Politik des Präsidenten auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet. „Der Dollar ist," sagte Johnson, „noch heute, ganz gleich welchen Standard man als Wertmesser anlegen will, **das gesündeste Geld der Welt."** Präsident Roosevelt nütze die durch inflationistische Theorien gegebenen Möglichkeiten voll aus, ohne sich jedoch dabei auf unbekannte und daher unsichere Gebiete zu wagen. **Die 30-Stundenwoche mit 5 Arbeitstagen zu je 6 Stunden** sei für die nächste Zeit fast sicher, doch müsse sich mit der endgültigen Regelung der Arbeitszeit vorerst noch der Kongreß befassen.

Aus Pleß und Umgegend

Von den Verkehrskarten. Die Verkehrskarten der Inhaber bis zum Anfangsbuchstaben S können wieder im Polizeibüro des Magistrates in Empfang genommen werden. — Bis Freitag, den 15. d. Mts. läuft die Frist zur Abgabe der Verkehrskarten mit dem Anfangsbuchstaben Z zur Erneuerung für das Jahr 1934.

80. Geburtstag. Frau Marie Littkowsky in Pleß vollendete am 12. d. Mts., in geistiger und körperlicher Frische ihr 80. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß gingen ihr zahlreiche Glückwünsche von nah und fern zu u. a. auch folgendes Gedicht:

Achtzig Jahre! Welch' lange Zeit
Und doch nur ein Stückchen zur Ewigkeit.
Doch können uns schier die Sinne vergehn,
Zerpflückt man sie zu kurzem Geschehn.
Denn 960 Monate sind's in 4160 Wochen verrinnt's.
Und kommt man dann erst auf die tägliche Plage,
sind's 29 200 Tage.
Und hat man dann glücklich die Zahl überwunden,
sind's 700 800 Stunden.
Nun muß ich mich wirklich ein bischen sputen,
Sind's doch 42 048 000 Minuten.
Und hat man auch diese Zahl noch überwunden,
Sind's 2 522 880 000 Sekunden.
Und könnte man zählen bei Tag und bei Nacht,
Hatt' man's erst in 80 Jahren vollbracht.
Und bringst Du's auf 100 im glücklichen Leben,
Noch viele Millionen Sekunden entschweben.
Erst in der künftigen Ewigkeit,
Hat's keinen Platz mehr für Raum und Zeit.

Alexy

Beskidenverein Pleß. Am Sonnabend, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Kasino eine außerordentliche Generalversammlung statt, zu der alle Mitglieder dringend eingeladen werden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Statutenänderung, 2. Geschäftsberichte des Vorstandes, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Festsetzung der Jahresbeiträge für 1934, 5. Anträge aus der Versammlung. Den Mitgliedern gehen besondere Einladungen zu, die als Ausweis zu der Versammlung unbedingt mitzubringen sind.

Bezirksverein Pleß des Deutschen Volksbundes. Am Montag, den 18. Dezember 1933, nachmittags 3 Uhr, findet in der fr. Reichshalle in Kattowitz die Mitgliederversammlung des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien statt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch die Mitglieder der Bezirksvereinigung Pleß an dieser Versammlung teilnehmen können. Jeder Teilnehmer muß aber seine Mitgliedskarte für 1933 mitbringen.

Adventsfeier des Katholischen Frauenbundes. Festlich geschmückte Tafeln mit brennenden Kerzen gaben den äußeren Rahmen der Adventsfeier zu der der Katholische Frauenverein am Tage Maria Empfängnis in den „Plesser Hof" eingeladen hatte. Die Verbandsvorsitzende, Frau Baumeister Schulz, Königshütte, sprach über das Thema, „Frauen im Adwent." Professor Dyllus nahm in seiner Ansprache das Thema auf und deutete auf die karitative Bestimmung der vorweihnachtlichen Zeit hin. Ein Adventspiel des Jungmädchenvereins bereicherte den stimmungsvollen Abend.

Evangelische Gemeinde Pleß. Am Sonntag fand im Anschluß an den Gottesdienst die feierliche Verpflichtung und Einführung der neuen Gemeinderats- und Kirchenvertretungsmitglieder in ihre Aemter statt.

Vom Magistrat. Die sich häufenden Anträge auf Genehmigung zur Aufstellung von Verkaufsständen, sogenannter Kioske, haben den Magistrat veranlaßt, die Genehmigung hierzu grundsätzlich zu versagen. Abgesehen davon, daß diese Stände nicht zur Verschönerung des Straßenbildes beitragen, wird auch der einheimische Handel durch ihre Konkurrenz geschädigt.

Der Magistrat ist nicht ermächtigt, Steuerermäßigungen zu gewähren. Durch Rundschreiben des Finanzministeriums Nr. 44436/1/33 an die Finanzkammern wird aufmerksam gemacht, daß die Steuerämter ermächtigt sind, Erleichterungen bei der Zahlung rückständiger Steuern von Häusern, Lokalen und unverbauten Plätzen zu erteilen. Die einigen Magistraten erteilte Berechtigung zur Streichung rückständiger Steuern von Lokalen hat ihre Rechtswirksamkeit mit dem Augenblick verloren, da die Bemessung dieser Steuern den Steuerämtern übertragen wurde. Die Finanzämter sind ermächtigt worden, uneinbringliche Steuern von Lokalen, die in jedem einzelnen Falle nicht mehr als 200 Zloty betragen, zu streichen. Die Streichung höherer Steuerrückgehört in die Kompetenz des Finanzministeriums. Die von den Selbstverwaltungsverbänden im Rahmen ihrer früheren Vollmacht zur Erteilung von Erleichterungen bei der Zahlung rückständiger Steuern gewährten Zahlungserleichterungen bleiben in Rechtskraft, sofern die Steuerzahler die ihnen früher bewilligten Ratenzahlungen pünktlich einhalten.

Gottesdienst-Ordnung:

Evangelische Gemeinde Pleß.

Sonntag, den 10. Dezember.

8 Uhr: Deutscher Gottesdienst.
9 1/4 Uhr: Polnische Abendmahlsfeier.
10 1/2 Uhr: Polnischer Gottesdienst.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pleß, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1

Unruhige Zeiten.

Kriegerische Ereignisse an den Grenzen Oberschlesiens zur Zeit der Uebernahme der polnischen Krone durch Friedrich August II., Kurfürst von Sachsen.

Von Georg Büchs.

Friedrich August I., Kurfürst von Sachsen, trat nach Sobieskis Tode als Bewerber um die polnische Krone auf. Am 1. Juli 1697 trat er in Baden bei Wien zum Katholizismus über. Eine polnische Majorität wählte den Prinzen Conty zum polnischen König, der sächsische Gesandte jedoch führte eine Minorität, welche Friedrich August I. zum polnischen König proklamierte. Am 15. 9. 1697 wurde der sächsische Kurfürst zum polnischen König (Als polnischer König nannte sich August II.) Gegen die Weigerung der Polen schloß er als Kurfürst von Sachsen ein Bündnis mit Rußland und fiel in Livland ein, wurde aber von den Schweden am 19. 7. 1702 bei Klischow geschlagen. Eine polnische Konföderation entsetzte den polnischen König am 12. 2. 1704 des Thrones und wählte am 12. 6. 1704 Stanislaw Leszczynski zum König, der am 7. 10. 1705 gekrönt wurde. Karl XII. von Schweden brach in Sachsen ein. Im Frieden von Altranstädt mußte August auf die polnische Krone verzichten. Als Karl XII. bei Poltawa von den Russen besiegt wurde, hielt August den Augenblick für gekommen, den Kampf von neuem aufzunehmen. In einem Manifest vom 8. 8. 1709 stellt er an die Polen ein Ultimatum. Der Papst sprach ihn von seinem Eide los und entband die Polen von Stanislaw Leszczynski. Leszczynski mußte sich nach Stettin begeben. Am 5. 10. 1709 erscheint August in Thorn. Er hatte zwar versprochen, die deutschen Provinzen Schwedens nicht zu beunruhigen, griff aber doch mit 20 000 Sachsen, Russen und Polen Pommern an und belagerte mit den Dänen Stralsund. Zwar mußte er sich 1712 nach Mecklenburg zurückziehen, doch wurde am 30. 9. 1713 Stettin erobert. Der Brandenburgische Sequestationsvertrag am 6. 10. 1714 schien zwar die Ruhe wieder herzustellen, doch erschien Karl XII. am 22. 11. 1714 wieder vor Stralsund. Unterdessen war eine Verstärkung der Stanislaischen Partei in Polen eingetreten. Im Oktober 1715 entbrannte der Bürgerkrieg. Bezeichnend für die politischen Zustände in Polen war das Sprichwort: „Jeden do Sasa, a drugi do Lasa", d. h. Einer zum Sachsen, der andere zu Leszczynski. 1717 mußte August versprechen, nur 17 000 Mann Truppen zu halten, über welche er übrigens das Verfügungsrecht dem polnischen Sejm einräumen mußte. Im Dezember 1719 wurde in Stockholm der Waffenstillstand mit den Schweden geschlossen. Auch die weitere Regierungszeit August II. war politisch sehr bewegt. Mannigfaltig war das Schicksal Leszczynskis, des Schwiegervaters des französischen Königs, Ludwig XV.

Am 1. 2. 1733 starb August II., König von Polen. Sein Sohn erhob Anspruch auf die polnische Krone. Rußland, Oesterreich und auch der Papst Clemens XIII. waren auf seiner Seite. Frankreich und ein Teil der Polen traten für Stanislaw Leszczynski ein. Leszczynski erschien heimlich in Warschau und wurde am 11. 9. 1733 zum zweitenmal zum polnischen König gewählt und von Primas Potocki gekrönt. Nachdem er aber bedrängt von einem russisch-sächsischen Herre nach Danzig geflohen war, wählte die sächsische Partei den Kurfürsten von Sachsen am 5. 10. 1733. (Als polnischer König August III.) Der Bischof Lipski krönte ihn in Krakau am 7. 1. 1734.

Die politischen Ereignisse in Polen blieben nicht ohne Einfluß auf unsere oberschlesische Heimat. Ein Briefwechsel zwischen dem Regenten der Herrschaft Pleß, von Frankhen, mit dem Grafen Erdmann von Promnitz, der sich auf seiner Besitzung in Sorau (Lausitz) aufhielt, schildert uns interessante Einzelheiten aus jener bewegten Zeit.

Soweit diese Briefe sich auf die Jahre 1733, 1734 und 1735 beziehen, sollen sie hier mit einigen Erläuterungen veröffentlicht werden. Sie berichten uns also nur über die Ereignisse nach dem Tode des polnischen Königs August II. Der sächsische Kurfürst mußte rechtzeitig Verbindung mit Wien aufgenommen haben. Darauf lassen die starken österreichischen Truppenbewegungen in Schlesien, insbesondere die Errichtung eines Feldlagers zwischen Oppeln und Brieg schließen.

Frankhen schreibt am 22. 3. 1733:

„Sonst ist man hier zu Lande mit Einrichtung des Campements beschäftigt, welches zwischen Oppeln und Brieg an der Oder formieret werden soll. Drei Regimenter sollen aus Ungarn herein marschieren, davon eines durch das Markgrafentum Mähren und zwei durch das Fürstentum Teschen den Hereinzug nehmen soll. Ich bin bemüht, die hiesige Herrschaft von dem Durchzug zu befreien." Weiter berichtet Frankhen über die Truppenbewegungen:

(Forts. folgt.)

Tieferschüttert stehen wir an der Bahre unserer guten, lieben Mutter und Großmutter, der verwitweten

Frau Emilie Peisker

die uns der unerbitterliche Tod nach kurzem Leiden, nach vollendetem 90. Lebensjahre hinweggerafft hat.

Dies zeigt in tiefster Trauer im Namen der Hinterbliebenen an

Maria Peisker.

Pleß, den 11. Dezember 1933.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Plac Miarki statt.